# BERICHTE ZUR ENTWICKLUNG VON STAAT UND RECHT IN DER ČSFR

Herausgegeben vom Vorstand des Collegium Carolinum, München

2. QUARTAL/1992

Als Manuskript vervielfältigt

## Inhalt:

Verfassungsrecht	3
Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung	3
Landwirtschaft	6
Sozialpolitik und soziale Entwicklung	7
Parteien und Verbände	7
Justizwesen und Kriminalität	13
Umweltprobleme und Pflege historischer Bauten	14
Meinungsumfragen	14
Internationale Beziehungen und außenwirtschaftliche Verflechtungen	17
Gedenktage und Rückblicke auf zeitgeschichtliche Ereignisse	27
Personalia	28

SvS

## Abkürzungen:

ČR ČSA ČSFR Česká republika (Tschechische Republik) Československé Aerolinie (Tschechoslowakische Aerolinien) Česká a slovenská federativní republika (Tschechische und slowakische föderative Republik) ČSKOS Česká a slovenská konfederace odborových svazů (Tschechische und slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände) HN KSČM Hospodářské noviny Komunistická strana Čech a Moravy (Kommunistische Partei Böhmens und Mährens) LD Lidová demokracie Lidové noviny LN ODS Občanská demokratická strana (Bürgerlich-demokratische Partei) RP Rudé právo Sb Sbirka zákonů (Sammlung der Gesetze) SR Slovenská republika (Slowakische Republik)

Svobodné slovo

ERICHTE ZUR ENTWICKLUNG

## Verfassungsrecht

Am 30. Januar ernannte der tschechoslowakische Staatspräsident Havel die zwölf Richter des Verfassungsgerichtshofs der ČSFR, die er aus 23 Kandidaten auswählte, die die Bundesversammlung der ČSFR, der Tschechische Nationalrat und der Slowakische Nationalrat vorgeschlagen hatten. Ernannt wurden: Vojen Güttler (Berater am Justizministerium der Tschechischen Republik), Peter Kresák (Prodekan der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Komenský-Universität in Bratislava), Zdeněk Kessler (Abgeordneter der Bundesversammlung der ČSFR), Jiří Malenovský (Dozent für internationales Recht an der Masaryk-Universität in Brünn), Pavel Mates (Rechtswissenschaftler an der Masaryk-Universität in Brünn), Marián Posluch (Justizminister der Slowakischen Republik), Antonín Procházka (Abgeordneter des Tschechischen Nationalrats), Viera Strážnická (Prorektorin der Komenský-Universität in Bratislava), Vlastimil Ševčík (Rechtsanwalt), Ivan Trimaj (Rechtsberater am Amt der Regierung der Slowakischen Republik), Ernst Valko (Abgeordneter), Jan Vosček (Abgeordneter der Bundesversammlung der ČSFR).

Das Verfassungsgericht wurde auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 91/1991 Sb eingerichtet, das die Bundesversammlung der ČSFR am 27. Februar des vergangenen Jahres verabschiedet hatte. Die Verfassungsrichter werden für eine Amtszeit von sieben Jahren ernannt. Sitz des Verfassungsgerichts ist Brünn. In der Ersten Tschechoslowakischen Republik wurde ein Verfassungsgericht nach den Bestimmungen der Verfassung des Jahres 1920 eingerichtet; dieses Verfassungsgericht war jedoch seit 1931 praktisch untätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden Bestimmungen über die Errichtung eines Verfassungsgerichts weder in die Verfassung von 1948 noch in die aus dem Jahr 1960 aufgenommen. Erst mit dem Gesetz über die tschechoslowakische Föderation aus dem Jahr 1986 kehrte die tschechoslowakische Regierung zu dem Prinzip des Verfassungsgerichts zurück, doch wurden zu diesem Gesetz keine Durchführungsverordnungen erlassen und das Gericht selbst auch nicht eingerichtet (HN 3.2.92).

# Wirtschaftspolitik und wirtschaftliche Entwicklung

#### Außenhandel

Der Außenhandel der Tschechoslowakei mit Rumänien ist 1990 gegenüber 1989 um 27 Prozent zurückgegangen; zum 31. Oktober 1991 erreichte der Gesamtumsatz im Außenhandel mit Rumänien einen Wert von \$ 117,1 Millionen, wobei Rumänien allerdings nur zu einem geringen Teil in konvertierbaren Währungen zahlen konnte. Die besonderen Schwierigkeiten der Tschechoslowakei im Außenhandel mit Rumänien liegen darin, daß Rumänien gegenüber der Tschechoslowakei verschuldet ist (insgesamt mit 172 Millionen Verrechnungsrubel) und vorerst nicht in der Lage ist, in seiner Zahlungsbilanz zu konvertierbaren Währungen überzugehen (HN 7.1.92). - Nachdem sich in den ersten drei Monaten des Jahres 1991 zunächst abzeichnete, daß die Tschechoslowakei dieses Jahr mit einer passiven Außenhandelsbilanz abschließen würde, konnte am Ende des Jahres 1991 doch eine aktive Bilnaz mit 25,2 Milliarden Kčs festgestellt werden. Der tschechoslowakische Außenhandelsminister Bakšay

führte diese unerwartet positive Entwicklung, wie er in einer Pressekonferenz in Bratislava erklärte, auch auf die Liberalisierung des Außenhandels zurück. Der Gesamtumfang des tschechoslowakischen Außenhandels erreichte im vergangenen Jahr einen Wert von 321,2 Milliarden Kčs. In die Tschechoslowakei eingeführt wurden Waren und Rohstoffe im Wert von 296 Milliarden Kčs. Die wichtigsten Handelspartner der Tschechoslowakei im vergangenen Jahr waren die Bundesrepublik Deutschland, die Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS) und von diesen wiederum in besonderem Maße die Russische Föderation. Bakšay wies darauf hin, daß sich die Slowakische Republik 1991 mit 20,9 Prozent am Außenhandel der ČSFR beteiligt habe (HN 3.2.92). - Im Jahr 1991 erreichte der tschechoslowakische Außenhandel mit den Entwicklungsländern einen Gesamtumsatz im Wert von 52,07 Milliarden Kčs; davon machten die tschechoslowakischen Exporte in die Entwicklungsländer 28,03 Milliarden Kčs aus, die Importe 24,06 Milliarden Kčs. Insgesamt wurde damit gegenüber 1990 ein Zuwachs von knapp 12 Prozent erzielt. Bedenklich erscheint dabei allerdings, daß die tschechoslowakischen Exporte in diejenigen Entwicklungsländer, die für die Tschechoslowakei unter vielfältigen Gesichtspunkten wichtig sind, zurückgingen: So wurden beispielsweise in die Türkei 45 Prozent weniger exportiert, wenn man das Volumen des Jahres 1990 zugrunde legt, nach Ägypten gingen die Exporte mit 40 Prozent ebenfalls erheblich zurück (40 Prozent); rückläufig waren auch die Ausfuhren nach Indien (- 50 Prozent), Brasilien (- 29 Prozent), Algerien (- 24 Prozent) und Argentinien (- 55 Prozent). Ansteigende Tendenz zeigten dagegen die Exporte in den Iran, nach Syrien und Saudiarabien. Was die Importe aus den Entwicklungsländern betrifft, so blieben auch im vergangenen Jahr Indien, Iran, die Türkei, Agypten, Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Peru die größten Handelspartner der Tschechoslowakei (HN 10.3.92). - Der Umsatz im Handel zwischen der Tschechoslowakei und Österreich hat weiterhin steigende Tendenz; nachdem er 1990 einen Gesamtwert von \$ 1,95 Milliarden erreicht hatte, lag er 1992 bei insgesamt \$ 2,02 Milliarden. Auf dem Exportmarkt der Tschechoslowakei nimmt Österreich mit einem Anteil von 5,8 Prozent den vierten Platz ein, am gesamten Import in die Tschechoslowakei beteiligt sich Österreich mit 7,9 Prozent und nimmt damit den dritten Platz ein (HN 18.3.92).

#### Privatisierung

Bis zum 27. Dezember 1991 haben insgesamt 447 000 tschechoslowakische Bürger ihre Kuponbücher für die sogenannte große Privatisierung registriert, davon entfielen 333 000 auf die Tschechische Republik und 114 000 auf die Slowakische Republik. Mehr als 600 000 tschechoslowakische Staatsbürger über 18 Jahre haben bisher Kuponbücher gekauft. Nach den ursprünglichen Vorstellungen der Regierung und speziell des Wirtschafts- und des Finanzministeriums sollten sich etwa 2,5 Millionen tschechoslowakische Staatsbürger im Wege der Kupon-Methode an der großen Privatisierung beteiligen. Die Frist für die Registrierung der Kuponbücher läuft am 31. Januar dieses Jahres ab (HN 2.1.92). - Als erstes größeres Projekt im Rahmen der großen Privatisierung genehmigte die Regierung der Tschechischen Republik am 8. Januar die Privatisierung der AG Čokoladovna, deren Marktwert auf rund 6 Milliarden Kčs geschätzt wird. Für die Privatisierung durch Kupons wurden bei diesem Projekt 34 Prozent der Anteile reserviert, während 43 Prozent der französisch-schweizerischen Gesellschaft BSN-Nestlé zufallen und 15 Prozent der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in London (HN 9.1. 92). - In der Slowakei wurden bis zum 26. Januar insgesamt 7716 Betriebseinheiten privatisiert, deren Wert sich auf 9 284 571 Kčs belief. Im Wege der sogenannten englischen Versteigerung wurden 4095 Objekte privatisiert, durch das Verfahren der holländischen Versteigerung 1650 Objekte. Zur Versteigerung freigegeben wurden bis zum 26. Januar insgesamt 11 807 Betriebseinheiten; rund 4000 konnten demnach bisher nicht in Privatbesitz überführt werden (HN 24.2.92).

## Entwicklung des privaten Sektors

Auf der Grundlage des Gesetzes Nr. 105/1990 Sb haben bis zum Ende des Jahres 1991 nach Angaben des Tschechischen statistischen Amtes in der Tschechischen Republik 1 058 500 Personen die behördliche Genehmigung zur Ausübung des Berufs des Unternehmers erhalten. Der größte Anteil der Unternehmer entfällt auf Prag und den nord- und südmährischen Kreis. Im Vergleich zur Slowakischen Republik liegt die unternehmerische Tätigkeit in der Tschechischen Republik etwa viermal so hoch; sie konzentriert sich bisher auf die kleine, eher handwerkliche Produktion und auf Reparaturbetriebe aller Art (20 Prozent), etwa den gleichen Anteil machen Unternehmen im Bereich des Handels aus. Im Bauwesen sind 17 Prozent der privaten Unternehmer vertreten, auf dem Gebiet der technischen Dienste aller Art etwa 10 Prozent. Der Anteil des privaten Sektors am gesamten Bruttoprodukt wird für 1990 auf drei und für 1991 auf sieben Prozent geschätzt. In den wichtigsten volkswirtschaftlichen Bereichen stellt sich der Anteil des privaten Sektors in der Tschechischen und der Slowakischen Republik für 1991 folgendermaßen dar:

Industrie/Produktion Bauwesen/Produktion Verkehr Landwirtschaft	Tschechische Republi 2,7 12,5 5,0	k Slowakische Republik 2,3 7,4 9,1
Milchverkauf Eierverkauf Obsternte Gemüseernte Kartoffelernte Getreideernte	2,0 40,8 63,4 43,1 15,1 2,6	
Einzelhandel	23,2	22,5

(HN 4.3.92)

#### Investitionen

In der Tschechoslowakei ist die Investitionstätigkeit nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 1991 um fast 37 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen. Dieser Rückgang ist eine Folge fehlender finanzieller Mittel im betrieblichen Bereich, der geringen Bereitschaft der Unternehmen, vor Abschluß der großen Privatisierung betriebliche Neu- und Umorientierungen einzuleiten, die mit Investitionen verbunden sind, und der allgemeinen Konzeptionslosigkeit der Unternehmen unter den Bedingungen der Wirtschaftsreform. In der Tschechischen Republik wurden 1991 Investitionen in einer Gesamthöhe von 128,5 Milliarden Kčs getätigt, nicht eingeschlossen sind dabei Investitionen im Bereich der kleinen privaten Unternehmen, die auf ungefähr 11,9 Milliarden Kčs geschätzt werden. Von der gesamten Investitions-

menge entfielen 66,2 Milliarden, also rund die Hälfte, auf Bauarbeiten. Die Investitionen im Bereich von Maschinen und technischem Gerät gingen gegenüber dem Vorjahr um 39,4 Prozent zurück. Im gesamten Bauwesen lag der gesamte Rückgang bei 34 Prozent. Besonders markant war die rückläufige Investitionsbewegung in der Landwirtschaft mit 65 Prozent und im Hausbau mit 48,4 Prozent gegenüber 1990. Im industriellen Bereich zeigten sich die Investitionsrückgänge besonders ausgeprägt im allgemeinen Maschinenbau, in der Elektrotechnik und in der Leichtindustrie, wo jeweils ein Rückgang von etwa 50 Prozent gegenüber 1990 verzeichnet wurde (HN 9.3.92).

## Betriebliche Prognosen für 1992

Das Industrieministerium der Tschechischen Republik führte eine Umfrage bei 572 Industriebetrieben durch, um die Erwartungen und Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung im Jahr 1992 aus der Perspektive der Unternehmen festzustellen. Mehr als 20 Prozent der befragten Betriebe rechnen für 1992 mit einem Rückgang der Produktion bis zu zehn Prozent im Vergleich zu 1991, einen mehr als zehnprozentigen Rückgang erwarten knapp 17 Prozent der Betriebe, während etwa 28 Prozent davon ausgehen, daß der Produktionsausstoß 1992 auf dem Niveau des Vorjahres liegen wird. Was die Entwicklung der Preise betrifft, so erwartet nur ein kleiner Teil der befragten Unternehmen (fünf Prozent) einen Preisrückgang, die Mehrheit erwartet einen Preisanstieg, der allerdings nach allgemeiner Einschätzung nicht über zehn Prozent hinausgehen wird. Eine stagnierende Entwicklung der Gewinne sagen knapp 18 Prozent der Betriebe voraus, etwa 15 Prozent nehmen an, daß die Gewinne fallen werden, und zwar in einer Größenordnung bis zu zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr; steigende Gewinne (bis zu zehn Prozent) setzen etwa 22 Prozent der Betriebe voraus. Über 40 Prozent der Unternehmen befürchten, daß die Lagerbestände in diesem Jahr weiter steigen werden, die Absatzlage also insgesamt prekär bleibt. Der überwiegende Teil der Unternehmen glaubt, Lohnsteigerungen im Jahr 1992 aus den erwirtschafteten Mitteln decken zu können, wobei 68 Prozent der Betriebe davon ausgehen, daß die Löhne 1992 um zehn Prozent steigen werden. Allgemein wird auch erwartet, daß die Betriebe 1992 gezwungen sein werden, weiterhin Personal abzubauen (HN 24.3.92).

## Landwirtschaft

Die Betriebskosten der tschechoslowakischen Landwirtschaft haben sich im vergangenen Jahr um fast 50 Prozent erhöht; zu Buche schlugen dabei insbesondere die gestiegenen Preise für elektrische Energie, für Ersatzteile und für landwirtschaftliche Maschinen. Die Preise für landwirtschaftliche Produkte stiegen dagegen lediglich um 3,8 Prozent, pflanzliche Produkte allerdings um über zehn Prozent. Die Preise für Fleischprodukte fielen unter das Niveau des Jahres 1989. Auf dem Binnenmarkt ging zugleich die Nachfrage nach Lebensmitteln um über 20 Prozent zurück, was zu erheblichen und zum Teil schwer verkäuflichen Lagerbeständen führte (insbesondere Rindfleisch, Milch und Milchprodukte). Über 70 Prozent der landwirtschaftlichen Genossenschaften der Tschechoslowakei wiesen nach Auskunft des Gesamtstaatlichen Genossenschaftsverbandes im vergangenen Jahr eine Verlustbilanz auf. Die landwirtschaftlichen Staatsbetriebe steckten zu 87 Prozent in den roten Zahlen. Der Wertverlust der gesamten Landwirtschaft machte 1991 über 21 Milliarden Kčs aus (HN 17.3.92).

## Sozialpolitik und soziale Entwicklung

## Arbeitslosigkeit

Die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik signalisierte in den letzten drei Monaten des Jahres 1991 eine positive Trendwende. Im Oktober, November und Dezember verlangsamte sich das Tempo der Zunahme der Arbeitslosigkeit relativ und absolut. Während die Arbeitslosigkeit im September 1991 noch um zehn Prozent stieg, ging die Zunahme im Oktober auf 4,5 Prozent, im November auf 2,9 Prozent und im Dezember schließlich auf 1,9 Prozent zurück. Charakteristisch für diesen Trend ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit in den großen städtischen Zentren wie Prag um 22 Prozent, um 20 Prozent in Brünn und um 16 Prozent in Pilsen. Die Gründe für diese Entwicklung liegen wahrscheinlich in einer vorübergehenden Stabilisierung des Arbeitsmarktes vor dem Beginn der großen Privatisierung, in dem stärkeren Engagement der Arbeitsämter und in einer Verschärfung der Bestimmungen über die Zahlung von Arbeitslosenunterstützung durch das Gesetz über die materielle Sicherung der Beschäftigten (HN 21.1.92).

## Lohnentwicklung 1991

Die Entwicklung des monatlichen Durchschnittslohns und der Indices der Nominallöhne, der Lebenshaltungskosten und der Reallöhne für das Jahr 1991 in der ČSFR, der ČR und der SR gibt die Tabelle auf der folgenden Seite wieder. Erfaßt werden dabei Betriebe mit mehr als 100 Beschäftigten; nicht berücksichtigt ist die Lohnentwicklung in den landwirtschaftlichen Genossenschaften. Vergleichs- und Berechnungsgrundlage für die Indices ist das Jahr 1990 bzw. dessen einzelne Quartale. Die Zahlen stammen aus den Statistischen Ämtern der Tschechischen Republik und der Slowakischen Republik (HN 3.3.92).

## Parteien und Verbände

#### Antikommunistische Allianz

Die Antikommunistische Allianz veröffentlichte am 6. Februar eine weitere Liste von Personen, die als Mitarbeiter des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes bezeichnet werden. Die auf dieser dritten Liste der Allianz aufgeführten Personen sind oder waren vor allem im journalistischen, kulturellen und diplomatischen Bereich tätig. Funktionäre der Allianz wiesen nach der Veröffentlichung der neuen Liste darauf hin, daß in der Tschechoslowakei Verzeichnisse mit ehemaligen Mitarbeitern des Staatssicherheitsdienstes zirkulieren, die gefälscht sind. Authentische Listen der Allianz seien nur diejenigen Verzeichnisse, die auf den Pressekonferenzen der Antikommunistischen Allianz der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebracht würden (HN 7.2.92).

## Bewegung für eine demokratische Slowakei

Der Vorsitzende des Rates der Bewegung für eine demokratische Slowakei Filkus stellte vor Journalisten in Bratislava fest, daß die Bewegung den 14. März als Jahrestag der Gründung des Slowakischen Staates nicht feiern werde (HN 12.3.92).

	Monatlicher Durch-	Index der Nominal-	Index der Lebens-	Index der Real-
	schnittslohn (Kčs)	löhne	haltungskosten	löhne
		čsı	FR <sup>1</sup>	
1. Quartal 1991	3314	106,1	152,1	69,8
2. Quartal 1991	3592	115,2	163,4	70,5
3. Quartal 1991	3672	115,7	151,8	76,2
4. Quartal 1991	4522	127,0	148,7	85,4
		Tschechisch	he Republik <sup>2</sup>	
1. Quartal 1991	3324	106,0	151,4	70,0
2. Quartal 1991	3606	115,2	162,8	70,8
3. Quartal 1991	3724	115,8	150,9	76,7
4. Quartal 1991	4526	127,0	147,8	85,9
		Slowakische	e Republik <sup>3</sup>	
1. Quartal 1991	3279	106,2	154,2	68,9
2. Quartal 1991	3551	115,3	164,7	70,0
3. Quartal 1991	3581	115,4	154,7	74,6
4. Quartal 1991	4513	127,2	151,2	84,2

Anm. 1: Im Durchschnitt ergibt sich für die ČSFR bei den Nominallöhnen ein Index von 116,4, bei den Lebenshaltungskosten ein Index von 153,8 und für die Reallöhne ein Index von 75,7; Anm. 2: Die entsprechenden Durchschnittswerte für die Tschechische Republik: 116,4; 152,9; 76,1; Anm. 3: Die entsprechenden Durchschnittswerte für die Slowakische Republik: 116,4; 156,0; 74,6.

## Bewegung für selbstverwaltende Demokratie

Der Vorsitzende der Bewegung für selbstverwaltende Demokratie Kryčer erklärte auf einer Pressekonferenz in Brünn, die am 23. März stattfand, daß die Bewegung, an deren Spitze er stehe, für einen gemeinsamen Staat der Tschechen und Slowaken eintrete; die Bewegung plädiere jedoch dafür, daß die "drei Subjekte" dieses gemeinsamen Staates, nämlich Böhmen, Mähren und die Slowakei, einen eigenen Landeshaushalt haben und mit ihren eigenen Mitteln wirtschaften sollten (HN 24.3.92).

## Bürgerlich-demokratische Partei

Die Bürgerlich-demokratische Partei ist noch nicht entschieden, ob sie einen Gesetzentwurf zur umfassenden Veröffentlichung der Namen der ehemaligen Mitarbeiter des tschechoslowakischen Staatssicherheitsdienstes befürworten soll oder dem sogenannten deutschen Modell den Vorzug gibt, wonach jeder Bürger die Möglichkeit haben müsse, Einsicht in diejenigen Materialien des Staatssicherheitsdienstes zu nehmen, die seine Person betreffen (HN 6.2.92).

## Christlich-demokratische Bewegung

Der stellvertretende Vorsitzende der Christlich-demokratischen Bewegung erklärte am 9. Januar auf einer Pressekonferenz in Bratislava, daß in der Christlich-demokratischen Bewegung weder fundamentalistische Orientierungen noch ein primitiver Nationalismus Platz hätten. Die Bewegung wolle für alle Menschen offen bleiben, die nach moralischen Grundsätzen handeln (HN 10.1.92).

#### Christlich-demokratische Partei

Auf dem II. ordentlichen Kongreß der Christlich-demokratischen Partei am 1. Februar in Žd'ár erklärte der Parteivorsitzende Benda, daß die Tschechische Republik nach einer eventuellen Teilung der Tschechoslowakei in zwei selbständige Staaten zu einem bloßen Satelliten Deutschlands herabsinken würde und in der Slowakei eine "balkanische Situation" entstehen werde (HN 3.2.92). – Nach Auffassung des Parteivorsitzenden Bendas müsse der tschechoslowakische Ministerpräsident Čalfa als ehemaliger Chef der Rechtsabteilung der tschechoslowakischen Regierung seinen Anteil an der Ausarbeitung des sogenannten Gummiknüppel-Gesetzes gehabt haben. Čalfa sollte dies öffentlich eingestehen, die Christlich-demokratische Partei würde deshalb nicht auf der Ablösung Čalfas als Ministerpräsident bestehen (HN 10.3.92).

#### Demokratische Partei

Über die Notwendigkeit, in der Slowakei einen Block der demokratischen Parteien schaffen zu müssen, verständigten sich führende Repräsentanten der Demokratischen Partei und der Unabhängigen Magyarischen Initiative. Auf einer Pressekonferenz in Bratislava am 16. Januar wiesen Sprecher beider Parteien auf die reale Möglichkeit hin, daß die linken politischen Kräfte bei den diesjährigen Wahlen zum Parlament in der Slowakei den Sieg davontragen könnten (HN 17.1.92). - Unter dem Aspekt der Konzentration der bürgerlichen politischen Kräfte wird die Demokratische Partei bei den Parlamentswahlen im Juni dieses Jahres ein Bündnis mit der Bürgerlich-demokratischen Partei eingehen (HN 31.3.92).

#### Gewerbepartei

In einer von der Gewerbepartei herausgegebenen Erklärung heißt es u.a., daß die Gewerbeämter nicht in der Lage seien, zu dem ohnehin unvollkommenen Gewerbegesetz die entsprechenden Durchführungsverordnungen zu erlassen; schuld daran sei das Handelsministerium und die unzureichende legislative und administrative Vorbereitung des Gewerbegesetzes (HN 10.1.92).

#### Kommunistische Partei Böhmens und Mährens

Eine Petition, die die Abgeordneten der Bundesversammlung der ČSFR dazu aufruft, den tschechoslowakisch-deutschen Vertrag nicht zu ratifizieren, trug der Abgeordnete der KSČM Grebeníček am 22. Januar in Prag in einer Bürgerversammlung vor. Grebeníček begründete seine ablehnende Haltung zu dem Abkommen damit, daß dieses keine ausdrückliche Feststellung darüber enthalte, daß das Münchener Abkommen von Anfang an ungültig sei (HN 23.1. 92). - Am 30. Januar entschieden die Teilnehmer eines außerordentlichen Kongresses der KSČM in Nymburk darüber, daß der Name "Kommunistische Partei Böhmens und Mährens" nicht geändert werden soll; damit wurde ein zuvor durchgeführtes innerparteiliches Referendum bestätigt (HN 3.2.92). - Der KSČM-Abgeordnete Ransdorf erklärte auf einer Pressekonferenz in Prag, daß die tschechischen Behörden in den Grenzgebieten Tausende von Gesuchen deutscher Staatsbürger erhalten haben, in denen diese die Rückgabe ihres Besitzes in der Tschechoslowakei verlangen. Die Abgeordneten der KSČM in der Bundesversammlung der ČSFR würden auch aus diesem Grund nicht für den Text des tschechoslowakisch-deutschen Abkommens in seiner gegenwärtigen Fassung stimmen (HN 28.2.92).

#### Liberal-soziale Union

Der Vorsitzende der Liberal-sozialen Union Trnka plädierte auf einer Presse-konferenz in Brünn im Zusammenhang mit Überlegungen zur staatsrechtlichen Neuordnung der Tschechoslowakei für die Errichtung eines böhmischen und eines mährischen Landtags; beide Landtage sollten dann einen "böhmisch-mährischen Nationalrat" bilden. Die Liberal-soziale Union trete für die umfassende Anwendung des Prinzips der demokratischen Selbstverwaltung ein; im ökonomischen Bereich sei die Union gegen die derzeit praktizierte "Schocktherapie", die zu wirtschaftlichem Verfall führe (HN 25.3.92).

#### Partei der demokratischen Linken

Der Vorsitzende der Partei der demokratischen Linken Weiss erklärte, daß seine Partei die Privatisierung der Wirtschaft im Wege des Kuponverfahrens unterstütze, aber Vorbehalte dagegen habe, daß sich die Staatsbürokratie ein Monopol angeeignet habe, was die Informationen über die Privatisierung betreffe (HN 15.1.92).

#### Republikanische Agrarpartei

Die Republikanische Partei des tschechischen Landes und die Partei des tschechischen Landes haben sich zur Republikanischen Agrarpartei vereinigt. Zum Vorsitzenden der neuen Partei wurde Radim Donát gewählt, der die neue Partei als demokratische Partei bezeichnete, die nicht nur ländlich-agrarische Interessen, sondern auch die Belange der kleinen und mittleren Städte wahrnehmen wolle. Die Partei bekennt sich zur Marktwirtschaft und im markt-

wirtschaftlichen Rahmen zum Aufbau eines auf dem Prinzip der Selbsthilfe beruhenden landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens (HN 6.1.92).

## Republikanische Partei der Tschechoslowakei

Der Vorsitzende der Republikanischen Partei der Tschechoslowakei Slådek gab am 21. Januar in Prag seine Kandidatur für das Amt des Präsidenten der ČSFR bekannt. Die Partei rechne damit, erklärte Slådek, bei den kommenden Wahlen zum Parlament 10-15 Prozent der Wählerstimmen zu erhalten. Die Republikaner lehnen den tschechoslowakisch-deutschen Vertrag in seiner derzeitigen Fassung ab und wollen einen Antrag auf Überarbeitung des Vertragstextes stellen (HN 22.1.92).

#### Slowakische nationale Einheit

Auf einer Pressekonferenz in Bratislava am 6. Januar machte der Vorsitzende der Partei der Slowakischen nationalen Einheit Pánis noch einmal deutlich, es sei das "höchste Ziel" seiner Partei, die Selbständigkeit der Slowakischen Republik zu erreichen. Pánis forderte, die slowakische Nation müsse in diesem Jahr "als selbständiger, international anerkannter Staat mit einer eigenen Vertretung in der UNO in das Bewußtsein der Welt" treten. Pánis verlangte außerdem die Verabschiedung eines Gesetzes, das diejenigen bestraft, die die religiösen Gefühle der Slowaken verletzen (HN 7.1.92).

#### Slowakische Nationalpartei

Die Slowakische Nationalpartei sei für das Verhältniswahlrecht, erklärte der Abgeordnete der Partei Hrnko auf einer Pressekonferenz in Bratislava. Der vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel vorgelegte Entwurf eines Wahlgesetzes laufe jedoch darauf hinaus, daß diejenigen politischen Kräfte die Wahlen für sich entscheiden, die über das meiste Geld verfügen. Hrnko vertrat weiterhin die Auffassung, daß die Haushaltsdefizite der beiden Teilrepubliken der ČSFR absichtlich hergestellt worden seien, um die Position der beiden Teilrepubliken gegenüber dem Gesamtstaat zu schwächen (HN 13.1.92). – Nach seiner Rückkehr von einer Reise in die USA erklärte der Vorsitzende der Slowakischen Nationalpartei Prokeš, daß er keinen Anlaß zu der Befürchtung sehe, die Slowakei könne nach der Erklärung ihrer Selbständigkeit international isoliert werden (HN 3.3.92).

#### Sozialdemokratische Partei der Slowakei

Auf dem II. Parteikongreß der Sozialdemokratischen Partei der Slowakei wurde Alexander Dubček zum Parteivorsitzenden gewählt. Dubček erklärte nach seiner Wahl, die sozialdemokratische Partei werde sich vor allem darum bemühen, die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften zu verbessern und zu intensivieren (HN 30.3.92).

## Tschechische und slowakische Konföderation der Gewerkschaftsverbände

Zum neuen Vorsitzenden des größten tschechoslowakischen Gewerkschaftsverbandes, der Tschechischen und slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände, wurde am 28. März R. Falbr gewählt, der Vorsitzende des Böhmischmährischen Gewerkschaftsverbandes der Arbeiter und Angestellten im Dienstleistungsbereich. Der Vorgänger Falbrs, Roman Kováč, wies in seinem Rechenschaftsbericht darauf hin, daß der ČSKOS auch international inzwischen gut etabliert sei (HN 30.3.92).

#### Tschechoslowakische Sozialdemokratie

Auf einer Pressekonferenz in Prag am 21. Januar stellte der Vorsitzende des Abgeordnetenklubs der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie in der Bundesversammlung der ČSFR fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten nicht für den tschechoslowakisch-deutschen Vertrag in seiner vorliegenden Fassung stimmen würden, da der Text des Vertrages "zweideutig" sei (HN 22.1.92). -Der sozialdemokratische Spitzenpolitiker Komárek führte nach seiner Rückkehr von einer USA-Reise vor der Presse aus, daß die amerikanischen Ökonomen die tschechoslowakische Methode der Privatisierung durch das Kupon-Verfahren als einen "unglücklichen" Versuch betrachten, zwar originell, aber unverständlich (HN 5.2.92). - Der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Sozialdemokratie Horák erklärte am 18. Februar auf einer Pressekonferenz in Prag, die Sozialdemokratie werde bei den diesjährigen Parlamentswahlen als Bundespartei auftreten, also sowohl in der Tschechischen als auch der Slowakischen Republik kandidieren (HN 19.2.92). - Am 10. März informierte Horåk in Prag die Presse darüber, daß Alexander Dubček mit "großer Wahrscheinlichkeit" der Spitzenkandidat des slowakischen Teils der gemeinsamen Kandidatenliste der tschechischen und der slowakischen Sozialdemokratie bei den Parlamentswahlen im Juni sein werde. Die slowakische Sozialdemokratie werde kein Wahlbündnis mit der Partei der demokratischen Linken eingehen (HN 11. 3.92).

#### Tschechoslowakische sozialistische Partei

Der Vorsitzende der Tschechoslowakischen sozialistischen Partei Dvořák kommentierte seinen Rücktritt als stellvertretender Finanzminister der Tschechischen Republik damit, daß er nicht die Mitverantwortung für die Wirtschaftsreform tragen wolle (HN 8.1.92).

#### Tschechoslowakische Volkspartei

Der Vorsitzende der Tschechoslowakischen Volkspartei Lux erklärte auf einer Pressekonferenz in Prag am 20. Februar, daß die Volkspartei in der Kontinuität des derzeitigen Regimes mit dem Regime vor dem November 1989 eine Gefahr sehe. In der parlamentarischen Debatte über den Untersuchungsbericht zu den Ereignissen vom 17. November 1989 sei diese Kontinuität sichtbar geworden. Lux sieht eine Möglichkeit, diese Situation zu ändern, in dem Gesetzentwurf über den antikommunistischen Widerstand, der die Nichtverjährbarkeit von Verbrechen fordert, die unter dem kommunistischen Regime begangen wurden (HN 21.2.92).

## Vereinigung der ehemaligen politischen Häftlinge

Die öffentliche Außerung des Vorsitzenden der Partei der Slowakischen nationalen Einheit Pánis, daß in den Konzentrationslagern des nationalsozialistischen Deutschland nicht sechs Millionen Juden ermordet worden sein können, hat den scharfen Protest der Vereinigung der ehemaligen politischen Häftlinge hervorgerufen. Die Äußerung von Pánis sei eine "grobe Provokation und eine Beleidigung derjenigen, die in Auschwitz, Majdanek, Treblinka und anderen Lagern Opfer des Holocaust wurden", erklärte der Repräsentant der Vereinigung Štajner am 30. März in Prag (HN 31.3.92).

## Justizwesen und Kriminalität

Der stellvertretende Justizminister der Tschechischen Republik Havliš wies in einem Interview darauf hin, daß in der Tschechischen Republik zur Zeit etwa 700 Richter fehlen; beschäftigt seien gegenwärtig 1500 Richter, das Minimum für die zügige Abwicklung der Agenda der Gerichte seien 2200 Richter. Die unzureichende personelle Besetzung der Gerichte habe schon vor 1989 zu einer starken Belastung der Richter geführt, nach 1989 habe diese Belastung zugenommen, da die Gerichte neue Kompetenzen übernehmen mußten. Der Personalbestand sei jedoch gleichzeitig zurückgegangen, da zahlreiche Richter aus politischen Gründen ihr Amt aufgeben mußten, ohne daß alle freigewordenen Stellen wieder besetzt wurden; im Jahr 1991 seien 328 Richter abgelöst worden, doch wurden nur 291 neue Richter ernannt. Die geringe Attraktivität des Richteramts habe auch etwas mit den in diesem Bereich gezahlten Gehältern zu tun; die Gehälter der Richter bewegten sich zwischen 6000 und 12 000 Kčs monatlich. Ein Richter des Obersten Gerichtshofs verdiene nach 35 Jahren Praxis monatlich 12 000 Kčs. Im privaten Bereich werde jedoch wesentlich mehr verdient; daher halte die Abwanderung von Richtern in die Advokatur oder in die Wirtschaft (als Rechtsberater bei Unternehmen) weiterhin an, auch wenn die Gehälter der Richter unlängst erhöht worden seien. Im vergangenen Jahr sei eine Umfrage bei Jurastudenten in Prag und Brünn durchgeführt worden, um das Interesse der Studenten am Beruf des Richters festzustellen; das Interesse sei verschwindend gering gewesen. Mit einer Verbesserung der personellen Situation an den Gerichten sei höchstens in drei bis vier Jahren zu rechnen (HN 10.2.92).

Während sich die Kriminalität in der Tschechoslowakei - was den Gesamtumfang der Straftaten betrifft - zu stabilisieren scheint, zeigt die Entwicklung der Gewalttaten weiterhin aufsteigende Tendenz. Im Jahr 1989 wurden in der Tschechoslowakei 18 216 Gewaltverbrechen registriert, 1990 waren es insgesamt 26 366, und 1992 stieg die Zahl auf 27 506. Dabei nahm die Zahl der Morde von 185 im Jahr 1989 über 305 im Jahr 1990 auf 322 im Jahr 1991 zu; die Anzahl der Raubüberfälle stieg von 1301 (1989) über 5267 (1990) auf 5489 (1991). Schlüsselt man die Gesamtzahl der Straftaten in der ČSFR im Jahr 1991 nach den Kreisen auf, so ergibt sich das folgende Bild:

1.	Prag-Stadt	64 598	7. Bratislava-Landkreis	24 311
	Mährisch-Ostrau	60 969	8. Pilsen	23 593
3.	Aussig	39 648	9. Neusohl	22 695
4.	Prag-Landkreis	33 253	10. Königgrätz	16 674
5.	Brünn	32 651	11. Bratislava-Stadt	16 150
6.	Kaschau	25 001	12. Budweis	11 612

Einen erheblichen Anteil an den Straftaten haben Wiederholungstäter, außerdem wurde ein sehr hoher Anteil an allen Straftaten unter Alkoholeinfluß begangen. Wie der Innenminister der Tschechischen Republik Sokol in einem Interview erklärte, fehlen allein in Prag 800 Polizisten, für die Planstellen vorhanden sind; für weitere 2000 in der gesamten Tschechischen Republik, die den Minimalbedarf für eine erfolgreichere Verbrechensbekämpfung darstellen, fehlt das Geld in der Staatskasse. Die strafrechtliche Verfolgung durch die Gerichte sei aufgrund des Mangels an Richtern (s.o.) äußerst schleppend (HN 17.3.92).

## Umweltprobleme und Pflege historischer Bauten

Über die aktuelle Situation beim Bau der Donau-Wasserwerke Gabčíkovo-Nagymaros und die kontinuierlichen Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn über dieses strittige Projekt wurden die Mitglieder der Umweltausschüsse beider Kammern der Bundesversammlung der ČSFR vom Ministerpräsidenten der Slowakischen Republik J. Čarnogurský, vom Umweltminister der ČSFR Vavroušek und vom Vorsitzenden der Slowakischen Kommission für Umweltfragen Tirpák informiert. Ministerpräsident Čarnogurský erklärte, daß es sowohl die Regierung der ČSFR als auch die Regierung der Slowakischen Republik im Augenblick für die günstigste Lösung halten, wenn die Wasserwerke Gabčíkovo fertiggestellt und in Betrieb genommen werden würden; für diese Lösung sprächen in erster Linie ökologische Gründe (Grundwasserschutz, Verhinderung der Erosion des Donaubetts etc.). Die ungarische Regierung trete dafür ein, die Bauarbeiten in Gabčíkovo einzustellen, habe aber bislang in den Verhandlungen zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn hierfür keine zwingenden Argumente vorbringen können. Umweltminister Vavroušek stellte ebenfalls fest, daß eine Einstellung der Bauarbeiten nicht in Frage komme, meinte aber, daß alle Lösungsvarianten, die für beide Seiten akzeptabel wären, besser seien als einseitige Entscheidungen. Čarnogurský vertrat die Auffassung, daß Gabčíkovo innnerhalb von zwei Monaten in Betrieb genommen werden könne. Die Mitglieder der beiden Umweltausschüsse der Bundesversammlung lehnten es ab, der Erklärung der Regierung der ČSFR zur Frage der Donau-Wasserwerke vom 12. Dezember 1991 zuzustimmen; sie begnügten sich damit, die ihnen vorgelegten Informationen zur Kenntnis zu nehmen (HN 16.1.92).

Eines der bedeutendsten Baudenkmäler Böhmens, die Karlsbrücke, muß rekonstruiert werden. Bereits 1979 war festgestellt worden, daß der Brückenbelag feuchtigkeitsdurchlässig ist und die Brustmauern der Brücke an verschiedenen Stellen auseinanderzuklaffen beginnen. Der Rekonstruktionsplan ist schon ausgearbeitet, im Haushalt Prags fehlen bisher allerdings die für die Rekonstruktion erforderlichen Mittel. Die Hauptgefahr für die 1357 erbaute Brücke besteht darin, daß sie sich unter dem Einfluß von Temperaturschwankungen unterschiedlich ausdehnt und in unterschiedlichem Maße zusammenzieht. Die unterschiedliche Ausdehnung der Brücke wird dadurch hervorgerufen, daß sich in den Eisenbetonplatten, die die ursprüngliche Brükkenkonstruktion von den Isolierteilen und der Bepflasterung trennen, an mehreren Stellen Wasser befindet. Die Belastung der Brücke erhöht außerdem noch den Unterschied zwischen der Temperatur in der Brücke und der Außentemperatur, der bis zu 30°C beträgt. Die gesamten Reparaturarbeiten werden zwei Bausaisons dauern, also zweimal von April bis November (HN 4.2.92).

## Meinungsumfragen

#### Todesstrafe

Acht von zehn Bürgern der Slowakischen Republik sind für die Wiedereinführung der Todesstrafe; dies ergab eine repräsentative Umfrage bei 924 Personen, die das Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung beim Slowakischen statistischen Amt in Bratislava Anfang Dezember 1991 durchgeführt

hat. Im Vergleich mit einer Umfrage zum gleichen Thema, die Anfang Januar 1990 durchgeführt worden war, hat die Zahl der Befürworter der Todesstrafe um etwa 20 Prozent zugenommen (HN 6.1.92).

#### Staatsrechtliche Ordnung

Die überwiegende Mehrheit der tschechoslowakischen Bürger ist für einen gemeinsamen Staat von Tschechen und Slowaken. Dies ist das Ergebnis einer Untersuchung, die das Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung Anfang Dezember 1991 durchgeführt hat. Die Einwohner Böhmens sprachen sich vor allem für den "unitarischen" Staat aus (39 Prozent), eine föderative Ordnung der Tschechoslowakei präferierten 27 Prozent der befragten Personen. Die Bürger Mährens und Schlesiens bevorzugten dagegen eine bundesstaatliche Struktur der ČSFR (33 Prozent). In der Slowakei bekannten sich 31 Prozent der interviewten Personen zu einer föderativ organisierten Tschechoslowakei, während 30 Prozent für eine Konföderation plädierten. Mehr als die Hälfte aller Bürger der ČSFR (60 Prozent) vertraten im Dezember 1991 die Auffassung, daß die gesamtpolitische Situation der CSFR die Abhaltung eines Referendums erfordere. Gegen ein Referendum stimmten 23 Prozent, die restlichen 17 Prozent waren in dieser Frage unentschlossen. In der Tschechischen Republik sprachen sich 68 Prozent der Befragten für ein Referendum aus, in der Slowakischen Republik waren es insgesamt 45 Prozent, während hier 37 Prozent ein Referendum ablehnten. Wäre das Referendum im Dezember 1991 durchgeführt worden, hätten sich in der Tschechischen Republik 79 Prozent, in der Slowakischen Republik 72 Prozent daran beteiligt. Die Umfrage ergab auch, daß nur ein Fünftel der Bewohner Mährens und Schlesiens dafür eintreten, daß Mähren und Schlesien im Rahmen der ČSFR ein autonomes "Bundesland" bilden sollten; im März 1991 hatte noch ein Drittel hierfür optiert, im Juli 1991 ein Viertel (HN 22.1.92).

#### Politische Parteien

Nach der allmonatlich vorgenommenen Umfrage des Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung zu den parteipolitischen Präferenzen der Bürger lag die Bürgerlich-demokratische Partei auch im Januar in der Gunst der Wähler in der Tschechischen Republik an der Spitze; diese Partei würde in der Tschechischen Republik derzeit einen Stimmenanteil von 21 Prozent erringen. Die Bürgerlich-demokratische Partei hat ihre soziale Basis vor allem im städtischen Bereich und in den Schichten mit höherer Bildung. Mit 13 Prozent der Wählerstimmen rangierte die Tschechoslowakische Sozialdemokratie bei der Umfrage auf dem zweiten Platz, während die Kommunistische Partei Böhmens und Mährens leichte Einbußen verzeichnete und insgesamt sieben Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte. Ebenfalls auf sieben Prozent kam bei der Umfrage die Liberal-soziale Union, ein Parteienbündnis, das die Landwirtschaftspartei, die Partei der Grünen und die Tschechoslowakische sozialistische Partei umfaßt. Auf den weiteren Plätzen konnten sich die Tschechoslowakische Volkspartei (fünf Prozent) und die Bürgerbewegung (vier Prozent) halten.

In der Slowakei hat die Bewegung für eine demokratische Slowakei trotz leichter Popularitätsverluste ihren Vorsprung zu behaupten vermocht; sie würde derzeit bei Wahlen zur Bundesversammlung der ČSFR 27 Prozent der Stimmen der Wähler erhalten. Die Position der Bewegung ist in den Städten besser als auf dem Land, stärkeren Rückhalt hat sie außerdem unter den so-

zialen Gruppen mit mittlerer Bildung. Auf dem zweiten Platz in der Wählergunst rangiert in der Slowakei die Christlich-demokratische Bewegung, der 15 Prozent der befragten Personen ihre Stimme geben würden. Auf zehn Prozent würde es zur Zeit die Partei der demokratischen Linken bringen; ebenso viele Stimmen würde die Slowakische Nationalpartei auf sich vereinigen können (HN 29.1.92).

#### Kupon-Methode

Eine zwischen dem 17. Januar und 3. Februar in der ČSFR von einem Marktforschungsinstitut durchgeführte Erhebung repräsentativen Charakters hat ergeben, daß 55 Prozent der Bevölkerung der Privatisierung der Wirtschaft durch das Kupon-Verfahren positiv gegenüberstehen, nur knapp zehn Prozent haben grundsätzliche kritische Einwände. Über 74 Prozent der befragten Personen haben die Absicht, sich selbst an dem Erwerb von Kupons zu beteiligen, knapp 20 Prozent wollen dies nicht tun. Etwa 38 Prozent der befragten Personen wollen ihre Kupons durch Vermittlung eines Investitionsfonds investieren, 16 Prozent beabsichtigen, ihre Anteile direkt einem Unternehmen anzuvertrauen. Mehr als 18 Prozent der interviewten Personen erwarten eine jährliche Dividende zwischen sechs und zehn Prozent, knapp drei Prozent rechnen mit einer Dividende von mehr als 20 Prozent (HN 13.2.92).

#### Soziale Sicherheit

Knapp 30 Prozent der Bürger der Slowakischen Republik vertreten die Auffassung, daß das soziale Netz der Slowakischen Republik seine Funktion nicht erfüllt; weitere 40 Prozent meinen, daß das soziale Netz seine Funktion "eher nicht erfüllt". Nur 15 Prozent sind der Ansicht, daß soziale Sicherheit gewährleistet ist, wie eine vom Institut zur Erforschung der öffentlichen Meinung beim Slowakischen statistischen Amt durchgeführte Umfrage ergab (LN 11.3.92).

#### Popularität der Politiker

Die Popularität nahezu aller Spitzenpolitiker in der Tschechoslowakei ist im März zurückgegangen; dies ist das Ergebnis einer Umfrage des Prager Instituts zur Erforschung der öffentlichen Meinung. Staatspräsident Havel blieb allerdings der populärste Politiker, auch wenn er einen leichten Verlust in der Gunst der öffentlichen Meinung hinnehmen mußte. Die stärksten Einbußen an Prestige betrafen Ministerpräsident Čalfa, der in allen Bevölkerungsgruppen, die bei der Umfrage berücksichtigt wurden, mehr Gegner als Anhänger hatte. In der Tschechischen Republik stand Havel mit 80 Prozent vor Außenminister Dienstbier mit 68 Prozent an der Spitze der Beliebtheitsskala; auf den Plätzen drei und vier rangierten mit Wirtschaftsminister Dlouhý (65 Prozent) und Finanzminister Klaus (64 Prozent) zwei Ökonomen. In der Slowakischen Republik nahmen die vier ersten Plätze Politiker ein, die als linksorientiert einzustufen sind, und zwar in dieser Reihenfolge: Dubček (65 Prozent), Mečiar (64 Prozent), Komárek (62 Prozent) und der Vorsitzende der Partei der demokratischen Linken Weiss mit 55 Prozent. Die zehn populärsten Politiker auf gesamtstaatlicher Ebene sind nach den Ergebnissen der Umfrage: Havel, Dienstbier, Klaus, Dlouhý, Komárek, Miller, Pithart, Kocáb, Dubček und Burešová (LN 27.3.92).

## Internationale Beziehungen und außenwirtschaftliche Verflechtungen

B u l g a r i e n - Die Anknüpfung direkter Beziehungen zwischen dem Slowakischen Nationalrat und dem bulgarischen Parlament war das Ziel eines offiziellen Besuchs einer Delegation des Slowakischen Nationalrats unter Leitung seines Vorsitzenden Mikloško in Sofia (HN 10.2.92). Am 10. Februar trafen die slowakischen Politiker mit dem Vorsitzenden des bulgarischen Parlaments Sarov, Außenminister Ganev, zahlreichen Vertretern der politischen Parteien und Ministerpräsident Dimitrov zusammen (HN 11.2.92).

Bundesrepublik Deutschland Der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier und Bundesaußenminister Genscher verhandelten in Fellbach bei Stuttgart über den endgültigen Termin und die Form der Unterzeichnung des deutsch-tschechoslowakischen Vertrages. In dem Gespräch wurde noch einmal klargestellt, daß die Frage einer Entschädigung tschechoslowakischer Staatsbürger, die unter dem Nationalsozialismus verfolgt wurden, nicht direkt mit dem deutsch-tschechoslowakischen Vertrag zusammenhänge und in der Form einer gesonderten Regelung gelöst werden soll. Beide Außenminister waren sich auch darin einig, daß demnächst die technischen Voraussetzungen für den Bau einer Erdölleitung von Ingolstadt in die Tschechoslowakei geprüft werden sollen (HN 7.1.92). sichtserklärung über die Kooperation zwischen dem tschechoslowakischen Staatsunternehmen Avia und Mercedes Benz wurde am 6. Januar in Prag unterzeichnet. Die nach fast einjährigen Verhandlungen zustandegekommene Erklärung sieht vor, daß Mercedes die LKW-Produktion von Avia allmählich übernimmt und das Produktionsprogramm auf die Herstellung leichterer mittelgroßer Lastkraftwagen umstellt. Mercedes will - so die Erklärung - im Laufe der nächsten drei Jahre ca. 350 Millionen DM in das Unternehmen Avia investieren. Die Besitzanteile in dem tschechoslowakisch-deutschen joint venture sollen sich wie 69 (Avia) zu 31 (Mercedes) verhalten. Das Projekt bedarf noch der Genehmigung durch die Regierung der Tschechischen Republik (HN 7.1.92). - Das tschechoslowakische Außenministerium ließ verlauten, die Tschechoslowakei beabsichtige nicht, auf die Forderung der CSU einzugehen und den Text des tschechoslowakisch-deutschen Vertrages dahingehend zu ändern, daß ehemals sudetendeutscher Besitz in der Tschechoslowakei von Versteigerungen und anderen Formen des Verkaufs im Zuge der Privatisierung der tschechoslowakischen Wirtschaft ausgenommen werden soll. Ein Sprecher des Außenministeriums erklärte, der Vertrag sei für das Außenministerium in der Fassung gültig und verbindlich, in der er paraphiert worden sei (HN 14.1.92). - Umweltexperten aus der Tschechischen Republik, aus Bayern und aus Oberösterreich einigten sich auf ein gemeinsames Konzept für die Pflege des Nationalparks Böhmerwald (Šumava); vorgesehen ist vor allem die Zusammenarbeit der drei Länder im Bereich der Landwirtschaft, des Reiseverkehrs und des Umweltschutzes (HN 16.1.92). - Eine Delegation der Regierung der Tschechischen Republik unter Leitung von Ministerpräsident Pithart traf am 21. Januar zu einem viertägigen Besuch Nordrhein-Westfalens in Düsseldorf ein. Beim Empfang der tschechischen Delegation erklärte der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Rau, daß der Vertrag zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland unverzüglich und ohne Veränderungen unterzeichnet werden müsse. Der Besuch der tschechischen Delegation dient in erster Linie dem Ausbau der wirtschaftlichen Zu-

sammenarbeit beider Länder, und zwar insbesondere bei der Braunkohlegewinnung und im industriellen Bereich. Nordrhein-Westfalen hat eine Million DM für eine Studie über die Braunkohlelager der nordböhmischen Region bereitgestellt. Im industriellen Bereich sind - über die bereits existierenden joint ventures hinaus - weitere gemeinsame Unternehmen geplant, so zwischen TOPOS Šluknov und der Firma Dierks in Osnabrück und den Eisenwerken Prostějov und der Firma Hoesch. Sondierungsgespräche finden derzeit zwischen den Unternehmen Poldi Kladno und Thyssen statt. Für den 18. bis 22. März sind Informationstage über das Ruhrgebiet in Prag geplant (HN 22.1.92). tschechoslowakische Finanzminister Klaus nahm an einem Seminar in Deggendorf teil, das sich mit den weiteren Perspektiven der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland befaßte. Klaus hielt einen Vortrag über Investitionsmöglichkeiten für ausländische Unternehmen in der Tschechoslowakei. An dem Seminar nahm auch der Sprecher der Sudetendeutschen Landsmannschaft Neubauer teil (HN 20.2. 92). - Der Hamburger Bürgermeister Voscherau, der Prag im Zusammenhang mit einem Kolloquium über den Wasserweg Elbe-Moldau besuchte, verhandelte mit dem Prager Primator Kondr über Fragen der Schiffbarmachung von Moldau und Elbe unter erschwerten Umständen (HN 21.2.92). - In Prag wurden zwei Verträge zwischen tschechoslowakischen und deutschen Firmen unterzeichnet, die die Lieferung von russischem Erdgas über tschechoslowakisches Territorium in die Bundesrepublik sicherstellen sollen. Das erste Abkommen zwischen den tschechoslowakischen Firmen Metalimex und den Tschechischen Gaswerken sowie der deutschen Firma Verbundnetzgas bezieht sich auf die Lieferung von jährlich sieben Milliarden m³ in die neuen Bundesländer, das zweite auf eine zusätzliche Lieferung von 4,57 Milliarden m<sup>3</sup> in die Bundesrepublik (HN 21.2.92). - Die Bayerische Landesbank eröffnete am 26. Februar eine Filiale in Prag (HN 27.2.92). - Am 27. Februar unterzeichneten der tschechoslowakische Staatspräsident Havel und Bundeskanzler Kohl in Prag den Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und der Bundesrepublik Deutschland. Am Nachmittag des 27. Februar führte Bundeskanzler Kohl ein Gespräch mit dem Ministerpräsidenten der ČSFR Čalfa; anschließend wurden Gespräche zwischen Delegationen beider Länder aufgenommen, an denen sich auch die Außenminister Dienstbier und Genscher beteiligten (HN 28.2.92). - Die Zusammenarbeit im Bereich des Schulwesens, des Verkehrs und des Umweltschutzes war das Hauptthema von Verhandlungen zwischen einer Delegation des Tschechischen Nationalrats unter Leitung seiner Vorsitzenden Burešová und Abgeordneten des sächsischen Landtages, die am 3. März in Dresden stattfanden. Auf tschechischer Seite wurde dabei u.a. das Interesse an Deutschlehrern betont, die das Unterrichtsfach Deutsch in der Tschechischen Republik unterrichten könnten. Die sächsischen Politiker setzten sich für eine gemeinsame deutsch-tschechische Planung einer neuen Eisenbahnverbindung zwischen Prag und Dresden ein, die den Verkehr von Hochgeschwindigkeitszügen ermöglichen würde; sie sprachen sich ferner dafür aus, zwei neue Grenzübergänge zwischen Sachsen und der Tschechischen Republik einzurichten und in den grenznahen Gebieten ein gemeinsames Telephonnetz zu installieren (HN 4.3. 92). - Eine Regierungsdelegation der Slowakischen Republik unter Leitung des slowakischen Ministerpräsidenten J. Čarnogurský traf am 18. März zu einem offiziellen Besuch Sachsen-Anhalts in Magdeburg ein, wo sie von Ministerpräsident Münch im Sitz der Regierung von Sachsen-Anhalt empfangen wurde (HN 19.3.92). Am zweiten Tag ihres Aufenthalts in Sachsen-Anhalt besuchte die slowakische Regierungsdelegation Halle und wurde dort von Bürgermeister Kuntz zu Gesprächen empfangen (HN 20.3.92). - Eine Delegation der Bundesversammlung der ČSFR unter Leitung ihres Vorsitzenden Dubček kam nach Berlin, um dort an den Gedenkfeiern zum 400. Jahrestag der Geburt von Comenius teilzunehmen (HN 23.3.92).

Dänemark - Eine Delegation des dänischen Parlaments unter Leitung seines Vorsitzenden Clausen wurde am 11. Februar in Prag vom Vorsitzenden der Bundesversammlung der ČSFR Dubček empfangen; anschließend führte die Delegation auch ein Gespräch mit dem Leiter der Präsidialkanzlei Schwarzenberg (HN 12.2.92). In einer Unterredung mit dem stellvertrtenden tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Hoffmann ließ sich Clausen über die Privatisierung der Wirtschaft durch das Kupon-Verfahren, die Situation im tschechoslowakischen Außenhandel und Investitions- und Kooperationsmöglichkeiten dänischer Industrieller in der Tschechoslowakei informieren (HN 13.2.92).

Frankreich - Ein Memorandum über die Zusammenarbeit zwischen der tschechoslowakischen Luftfahrtgesellschaft ČSA und Air France wurde am 6. Januar in Prag unterzeichnet. Es sieht eine langfristige strategische und finanzielle Kooperation beider Luftfahrtgesellschaften vor und ermöglicht es Air France, sich mit einem Anteil bis zu 40 Prozent an der Privatisierung der ČSA zu beteiligen. Die ČSFR will sich einen staatlichen Anteil von 60 Prozent an ČSA sichern. Air France will in die Zusammenarbeit mit ČSA S 150 Millionen investieren (HN 8.1.92). - Die Handels- und Industrievereinigung in Hodonín hat Kontakte zu französischen Unternehmerkreisen hergestellt; sie sollen u.a. dazu dienen, Hochschülern aus der Tschechischen Republik eine Ausbildung in französischen Betrieben zu ermöglichen (HN 8.1. 92). - Die französische Bank Compagnie Financière de Peribas eröffnete am 13. Januar eine Filiale in Prag (HN 14.1.92). - Einen Scheck in Höhe von 526 500 frs übergab der Pariser Bürgermeister Chirac der Vorsitzenden des Komitees des guten Willens; das Geld ist für behinderte Kinder in der ČSFR bestimmt (HN 6.2.92). - Eine Gruppe französischer Militärexperten traf am 17. Februar in Prag ein; ihr Besuch dient der Inspektion von Einheiten der tschechoslowakischen Armee auf der Grundlage der Vereinbarungen über die militärische Zusammenarbeit zwischen Frankreich und der Tschechoslowakei (HN 18.2.92). - In Prag wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen Air France und der tschechoslowakischen Luftfahrtgesellschaft ČSA unterzeichnet, der die Modernisierung der tschechoslowakischen Luftfahrtgesellschaft vorsieht; an dieser beteiligt sich Air France mit einem Betrag von \$ 60 Millionen (HN 16.3.92).

G r o  $\beta$  b r i t a n n i e n - Das Polytechnikum in Nottingham stellte £150 000 aus dem britischen know-how-Fonds für Managerkurse in der Tschechoslowakei zur Verfügung (HN 19.2.92). - Der tschechoslowakische Minister für Arbeit und Soziales Miller reiste am 23. Februar auf Einladung seines britischen Amtskollegen Howard nach London, um dort Gespräche über Arbeitsmöglichkeiten tschechoslowakischer Staatsbürger in Großbritannien und über Probleme kleinerer Unternehmen zu führen (HN 24.2.92). - In London endete am 23. Februar ein Seminar, das die Interparlamentarische Union für Abgeordnete des Tschechischen Nationalrats, des Slowakischen Nationalrats und der

Bundesversammlung der ČSFR veranstaltet hatte (HN 24.2.92). - Der Präsident des Industrieverbandes der Slowakischen Republik Berghauer verhandelte in der zweiten Märzwoche in London mit dem Vorsitzenden des Britischen Industrieverbandes (CBI) Corby. Gesprächsthemen waren u.a. die Zusammenarbeit beider Verbände, die Ausbildung slowakischer Manager in Großbritannien und direkte Kontakte zwischen den Verbänden einzelner Industriezweige beider Länder (HN 19.3.92).

Der tschechoslowakische Ministerpräsident Čalfa empfing am 3. Januar den russischen Botschafter in der Tschechoslowakei Lebedev, der Čalfa über die aktuelle politische Situation in der Gemeinschaft unabhängiger Staaten unterrichtete. Die GUS sei bisher kein völkerrechtliches Subjekt, vielmehr sei Rußland im Hinblick auf internationale Rechte und Pflichten der Nachfolger der Sowjetunion. Čalfa zeigte sich daran interessiert, seinen Besuch in Rußland noch in der ersten Januarhälfte durchzuführen (HN 6. Der Vorsitzende des Slowakischen Nationalrats Mikloško empfing in Bratislava den Botschafter der Russischen Föderation in der Tschechoslowakei Lebedev im Zusammenhang mit dem Beginn seiner diplomatischen Mission in der ČSFR. Anschließend traf Lebedev mit dem Ministerpräsidenten der Slowakischen Republik J. Čarnogurský zusammen (HN 10.1.92). - Ein Protokoll über die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Russischen Föderation und der Tschechoslowakei für das Jahr 1992 wurde am 16. Januar in Moskau unterzeichnet; das Abkommen garantiert der Tschechoslowakei u.a. die Lieferung von 7,5 Millionen t Erdöl. Diese Menge stelle das Maximum dar, das in den Verhandlungen mit der russischen Seite herausgeholt werden konnte, erklärte der stellvertretende tschechoslowakische Außenhandelsminister Marták, der den Vertrag unterzeichnete. Nach den Bestimmungen des Protokolls soll die Russische Föderation im Jahr 1992 außerdem 13 Milliarden m<sup>3</sup> Gas in die Tschechoslowakei liefern (HN 17.1.92). - Die von Marták in Moskau ausgehandelten Erdöllieferungen wurden in dem Kontrakt festgeschrieben, den der Generaldirektor des Unternehmens Chemapol Junek und der stellvertretende Generaldirektor der Firma Sojuznjaftexport Moskau am 3. Februar in Prag unterzeichneten (HN 4.2.92). - Bei seinem eintägigen Besuch in Moskau verhandelte der tschechoslowakische Ministerpräsident Čalfa mit Regierungsmitgliedern der Russischen Föderation vor allem über die Frage, in welcher Form und von welchen Nachfolgestaaten der Sowjetunion deren Schulden gegenüber der Tschechoslowakei abgebaut werden könnten. Die russischen Gesprächspartner schlossen nicht aus, daß die Russische Föderation zuächst die Schulden der Sowjetunion übernehmen werde, um sie später intern unter den Mitgliedstaaten der GUS umzuverteilen. Die russischen Verhandlungspartner sagten Čalfa ferner zu, die Erdöllieferungen in die Tschechoslowakei im Jahr 1992 nach den Bestimmungen des Protokolls vom 16. Januar (s.o.) einzuhalten und womöglich - entsprechend tschechoslowakischen Wünschen - auf das erste Halbjahr zu konzentrieren. Ein anderer Verhandlungsgegenstand war die Verrechnung der Schäden, die durch den Aufenthalt sowjetischer Truppen in der Tschechoslowakei entstanden sind. Zum Abschluß seines Besuchs wurde Čalfa vom russischen Präsidenten Jelzin empfangen (HN 19.2.92). - Am 21. Februar wurde zwischen der Tschechoslowakischen Handelsbank in Prag und der Bank für Außenhandel der Russischen Föderation in Moskau ein Abkommen über die Verrechnungsmodalitäten im Außenhandel zwischen der Tschechoslowakei und der Russischen Föderation unterzeichnet (HN 27.2.92). - In Moskau wurde ein Vertrag über die Zusammenarbeit russischer, tschechischer und slowakischer Unternehmer unterzeichnet (HN 16.3.92).

I r l a n d - Zu Gesprächen über die Eingliederung der Tschechoslowakei in die organisatorischen Strukturen humanitärer Hilfe im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft traf eine Delegation des irischen Nationalrats für das Gesundheitswesen in Prag ein (HN 22.1.92).

Der israelische Protest gegen den Export tschechoslowakischer Panzer nach Syrien würde die Beziehungen zwischen Israel und der ČSFR nicht belasten, erklärte der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier. Er hoffe, daß keine weiteren Waffentransporte nach Syrien folgen würden. Der Sektionschef im Außenministerium Glézgo wies darauf hin, daß Syrien in der Tschechoslowakei einige tausend Panzer geordert habe (HN 17.1.92). Der Landwirtschaftsminister der Tschechischen Republik Kubát erklärte nach seiner Rückkehr von einem mehrtägigen Aufenthalt in Israel, daß die tschechoslowakische Landwirtschaft bei dem Export von koscherem Rindfleisch nach Israel gute Perspektiven habe; bereits im Februar solle mit ersten größeren Lieferungen begonnen werden (HN 31.1.92). - Der israelische Botschafter in der Tschechoslowakei bot dem Gesundheitsministerium der Tschechischen Republik eine größere Zahl von zweimonatigen Kursen für Kinderschwestern in Israel an (HN 19.2.92). - Wie die tschechoslowakischen Gewerkschaften die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Israel unterstützen könnten, war das Thema eines Gesprächs zwischen dem Gewerkschaftler Bureš und Vertretern des israelischen Außenministeriums, das am 16. März in Prag stattfand (HN 17.3.92).

Japan - Als Beginn einer Zusammenarbeit im Bereich Arbeit und soziale Fragen zwischen Japan und der Tschechoslowakei bezeichnete der japanische Arbeitsminister Kondo sein Gespräch mit dem tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Čalfa am 13. Januar in Prag. Japan will die Tschechoslowakei, wie Kondo darlegte, vor allem auf dem Gebiet der Ausbildung industrieller Spezialisten unterstützen (HN 14.1.92). - Am 3. Februar verhandelte der tschechoslowakische Ministerpräsident Čalfa in Prag mit Vertretern der japanischen Bank Daiwa Securities Co., der zweitgrößten Investitionsbank der Welt, über die Konditionen einer finanziellen Unterstützung des tschechoslowakischen wirtschaftlichen Transformationsprozesses durch Daiwa Securities. Deren Repräsentanten erklärten, daß das japanische Kapital vor allem an langfristigen Investitionen interessiert sei (HN 4.2.92).

K a n a d a - Die kanadische Regierung hat im Dezember vergangenen Jahres beschlossen, für bestimmte Warenarten, die tschechoslowakische Unternehmer nach Kanada importieren, Präferenzzölle zu gewähren; hiervon wurde das tschechoslowakische Außenhandelsministerium am 31. Dezember in Kenntnis gesetzt (HN 2.1.92). - Der tschechoslowakische Außenhandelsminister Bakšay traf in Prag mit dem kanadischen Unternehmer T.Bat'a zusammen, der im Verlauf des Gesprächs zusagte, das Patronat über ein vom tschechoslowakischen Außenhandelsministerium in Kanada veranstaltetes Seminar zu übernehmen. Das geplante Seminar soll dazu dienen, kanadische Unternehmer über die Situation der tschechoslowakischen Industrie zu informieren (HN 14.1.92). - Der tschechoslowakische Außenhandelsminister Bakšay reiste am 25. Februar an der Spitze einer Regierungsdelegation nach Kanada, um im Rahmen

eines dort veranstalteten Seminars (s.o.) kanadische Unternehmer über Investitionsmöglichkeiten in der Tschechoslowakei zu informieren und die Absatzbedingungen für tschechoslowakische Produkte in Kanada zu verbessern (HN 26.2.92). – Am 12. März wurde in Prag die Kanadisch-tschechoslowakische Handelskammer eröffnet; an der Eröffnungszeremonie nahmen der tschechoslowakische Außenhandelsminister Bakšay, der Präsident der Handelskammer Bat'a und der kanadische Botschafter in der ČSFR McLain teil (HN 13.3.92).

Kroatien - Eine tschechoslowakische Delegation unter Leitung des Assistenten des Staatspräsidenten Vondra verhandelte am 6. Januar in Zagreb mit dem Präsidenten der Kroatischen Republik Tudjman, dem kroatischen Premierminister Gregorić und dem kroatischen Außenminister Šeparović über die Frage der internationalen Anerkennung der Kroatischen Republik durch die Tschechoslowakei. Die Delegation übergab Tudjman einen Brief des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel, über dessen Inhalt nichts bekannt wurde (HN 7.1.92). - Eine kroatische Regierungsdelegation unter Leitung des stellvertretenden Premierministers Pavelić traf am 27. März zu Verhandlungen mit der Regierung der Tschechischen Republik in Prag ein. Ziel des Besuchs war die Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Kroatien und der Tschechischen Republik sowie der Versuch, die tschechische Industrie zur Beteiligung am Wiederaufbau des durch den Bürgerkrieg in weiten Teilen zerstörten Kroatien zu veranlassen (HN 27.3.92). In einer Unterredung mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten der Tschechischen Republik Stráský wies Pavelić darauf hin, daß die durch den Bürgerkrieg in Kroatien verursachten Schäden auf \$ 21 Millionen geschätzt würden. Der kroatische Politiker legte der Regierung der Tschechischen Republik zehn Angebote für die tschechoslowakische Stahl- und Hüttenindustrie zur Beteiligung am Wiederaufbau Kroatiens vor (HN 30.3.92).

Lichtenstein über jede Art von Forderungen zu verhandeln, auch über den nach 1918 vom tschechoslowakischen Staat konfiszierten Grundbesitz des Hauses Lichtenstein, erklärte der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier am 17. März in Prag. Lichtenstein hatte gedroht, gegen den Vertrag über die Freihandelszone zwischen der EG und der Tschechoslowakei zu stimmen, falls die Tschechoslowakei Lichtenstein nicht den in der tschechoslowakischen Bodenreform zwischen 1918 und 1920 konfiszierten landwirtschaftlichen Besitz des Hauses Lichtenstein im Umfang von 1600 km² zurückgeben würde (HN 30.3.92).

L u x e m b u r g  $\,$  Eine luxemburgische Regierungsdelegation und Vertreter des tschechoslowakischen Ministeriums für Arbeit und Soziales verhandelten in Prag über ein bilaterales Abkommen, das die gegenseitige Anerkennung von Rentenansprüchen und ihren Transfer ins Ausland ermöglichen soll (HN 22.1.92).

N i e d e r l a n d e - Eine Delegation der niederländischen Stadt Brill beendete am 1. Januar einen dreitägigen Besuch in Havličkův Brod. Die Delegation bot der Stadtverwaltung von Havličkův Brod eine Reihe von Studien- und Austauschprogrammen an (HN 2.1.92).

N i g e r i a - Der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier und der nigerianische Außenminister Nwachukwu unterzeichneten am 9. März in Prag ein Durchführungsprotokoll zur kulturellen Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und Nigeria bis zum Jahr 1994. Der nigerianische Politiker sprach außerdem mit dem tschechoslowakischen Außenhandelsminister Bakšay, den er um tschechoslowakische Hilfe für den Aufbau der nigerianischen Glasindustrie ersuchte. Nigeria sei bereit, als Gegenleistung Erdöl in die Tschechoslowakei zu liefern. Nwachukwu wurde zum Abschluß seines Besuchs von Staatspräsident Havel empfangen (HN 10.3.92).

Österreich -Eine Delegation des niederösterreichischen Landtags unter Leitung seines Vorsitzenden Romeder traf am 21. Januar in Prag ein; die Einladung zu dem Besuch war von der Vorsitzenden des Tschechischen Nationalrats Burešová ausgegangen. Politischer Informationsaustausch stand auf dem Programm des ersten Tages des Besuchs (HN 22.1.92). österreichische EKO-Fonds stellte der Tschechoslowakei 78 Milliarden Schilling zur Entschwefelung des Elektrizitätswerkes Nováky zur Verfügung. Wenn ein österreichisches Unternehmen die Ausschreibung für die Modernisierung des Elektrizitätswerkes Hodonín für sich entscheiden sollte, würde die österreichische Regierung auch dieses Projekt finanziell unterstützen (HN 22.1.92). - Der tschechoslowakische Umweltminister Vavroušek traf am 1. Februar in Wien mit der österreichischen Ministerin für Umweltschutz Feldgrill-Zankel zusammen. Zu den Themen des Gesprächs gehörten u.a. die Donau-Wasserwerke in Gabčíkovo. Außerdem wurde über die Möglichkeit gesprochen, im Herbst dieses Jahres eine Umweltschutz-Konferenz der osteuropäischen Länder nach Wien einzuberufen. Eigentlicher Anlaß des Treffens war die abschließende Beurteilung einer Studie über die Möglichkeiten, das tschechoslowakische Energiewesen effektiver zu gestalten; das österreichische Ministerium für Umweltschutz beabsichtigt, sich an dieser Umgestaltung zu beteiligen (HN 3.2.92). - Der Prager Oberbürgermeister Kondr und der Wiener Oberbürgermeister Zilk unterzeichneten am 13. Februar einen Vertrag über die Zusammenarbeit beider Städte in der Abfall- und Entsorgungswirtschaft (HN 13.2.92). - Eine der größten österreichischen Versicherungsanstalten, der Konzern Austria-Collegialität, eröffnete am 17. Februar eine Filiale in Prag (HN 18.2.92).

Polen - Der Minister für auswärtige Beziehungen der Slowakischen Republik Demeš verhandelte am 13. Januar in Warschau mit einer Delegation des polnischen Außenministeriums unter Leitung des stellvertretenden polnischen Außenministers Byczewski; anschließend führte Demeš Gespräche mit dem Leiter des Amts des Ministerrats Włodarczyk, mit dem Chef der Präsidialkanzlei Żiółkowski und mit der stellvertretenden Ministerin für Kultur Morawińska (HN 14.1.92). - Der Vorsitzende der polnischen Gewerkschaft Solidarität Krzaklewski traf zu einem Besuch der Tschechoslowakei in Prag ein. Der polnische Gewerkschaftsführer will in Prag vor allem Gespräche mit dem Vorsitzenden der Tschechischen und Slowakischen Konföderation der Gewerkschaftsverbände Kováč führen (HN 18.2.92).

Rumänien - Auf Einladung des rumänischen Außenministers Nastase traf der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier am 9. Januar zu einem zweitägigen offiziellen Besuch Rumäniens in Bukarest ein. Im Verlaufe des Besuchs soll ein Vertrag über freundschaftliche Beziehungen und Zusammenarbeit zwischen Rumänien und der Tschechoslowakei paraphiert werden (HN 10.1.92). Dienstbier wurde während seines Besuchs auch von Ministerpräsident Stolojan und Staatspräsident Iliescu empfangen. Am 10. Januar wurde der neue Freundschaftsvertrag zwischen den beiden Ländern paraphiert; er ersetzt das rumänisch-tschechoslowakische Abkommen aus dem Jahr 1968. Der tschechoslowakische Außenminister unterzeichnete außerdem ein Protokoll über die Zusammenarbeit der Außenministerien der Tschechoslowakei und Rumäniens (HN 13.1.92). - In Bukarest wurde am 17. März ein Vertrag über die Zusammenarbeit zwischen dem rumänischen und dem tschechoslowakischen Ministerium für Arbeit und Soziales unterzeichnet (HN 18.3.92).

S l o w e n i e n - Eine Deklaration über die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen zwischen der Tschechoslowakei und der Slowenischen Republik unterzeichneten am 5. Februar in Ljubljana der tschechoslowakische Außenminister Dienstbier und der slowenische Außenminister Rupel. Wie ein Sprecher des tschechoslowakischen Außenministeriums bekanntgab, seien beide Länder entschlossen, möglichst bald einen Handelsvertrag zu unterzeichnen (HN 6.2.92).

S p a n i e n - Der spanische Verteidigungsminister Vargas traf am 23. Februar zu einem viertägigen offiziellen Besuch der Tschechoslowakei in Prag ein. Nach einer Mitteilung des tschechoslowakischen Verteidigungsministeriums stehen Fragen der militärischen Zusammenarbeit zwischen Spanien und der Tschechoslowakei sowie Probleme der internationalen Politik auf dem Programm der Gespräche, die Vargas in Prag führen will (HN 24.2.92). - Am 24. Februar sprach der tschechoslowakische Verteidigungsminister Dobrovský mit seinem spanischen Amtskollegen über Probleme der Sicherheitspolitik in Europa, insbesondere im Hinblick auf die Verhältnisse in Jugoslawien und der Sowjetunion (HN 25.2.92). - Am 26. März wurde in Prag eine Ausstellung unter dem Titel "Technische Tage der spanischen Industrie und Technologie" eröffnet (HN 27.3.92). - Der Minister für auswärtige Beziehungen der Slowakischen Republik Demeš beendete am 26. März einen mehrtägigen Besuch Spaniens (HN 27.3.92).

Zu einem offiziellen Besuch der Tschechoslowakei Südafrika kam der Präsident der Südafrikanischen Republik de Klerk am 6. Februar nach Prag; dieser erste Besuch eines Präsidenten der Südafrikanischen Republik in der Tschechoslowakei erfolgte auf Einladung des tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel. In der Begleitung de Klerks befinden sich Außenminister Botha und zahlreiche führende Politiker der Südafrikanischen Republik. Ziel des Besuchs ist die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen beider Länder. Nach Informationen aus der Präsidialkanzlei gehörten zu den Themen der Gespräche die Frage eines Abkommens über Doppelbesteuerung, die Perspektiven der Zusammenarbeit beider Länder im Bereich des zivilen Luftverkehrs und der Abschluß eines Vertrags über den gegenseitigen Schutz von Investitionen. Zu den Gesprächspartnern de Klerks gehörten u.a. der tschechoslowakische Ministerpräsident Čalfa, die Vorsitzenden des Tschechischen und des Slowakischen Nationalrats Mikloško und Burešová sowie die Ministerpräsidenten der beiden Teilrepubliken Pithart und J. Čarnogurský (HN 7.2.92).

Thailand - Die Tschechoslowakei habe die Absicht, sich an der Zusammenarbeit zwischen Thailand, Laos, Vietnam und Kambodscha zu beteiligen, erklärte der Ministerpräsident der Tschechischen Republik Pithart, der in Bangkok an der Spitze einer tschechischen Regierungsdelegation Gespräche mit dem thailändischen Ministerpräsidenten Pangarucen und dessen Stellvertreter Sarasin führte. Thailand wolle sich beispielsweise in Vietnam und Laos am Aufbau der Schwerindustrie und der Rohstoffgewinnung beteiligen; dabei könne die Tschechoslowakei die für diese Vorhaben erforderliche Technologie zur Verfügung stellen. Die tschechoslowakische Delegation, der auch Bankiers, Industrielle und Finanzberater angehören, traf während ihres Aufenthalts in Bangkok außerdem mit Vertretern der thailändischen Handelskammer zusammen (HN 4.2.92). Am 4. Februar sprachen Pithart und seine Begleiter mit Mitgliedern der thailändischen Kommission für Exportförderung. Minister Vrba hatte eine Unterredung mit dem thailändischen Industrieminister Kettudat (HN 5.2.92).

Türkei - Eine neue Etappe der Zusammenarbeit zwischen der Bundesversammlung der ČSFR und der türkischen Nationalversammlung soll der Besuch des Vorsitzenden der tschechoslowakischen Bundesversammlung Dubček in der Türkei einleiten, der am 25. Februar in Ankara begann. In einem Gespräch mit dem Vorsitzenden des türkischen Parlaments Cindoruk wurde die Notwendigkeit der Zusammenarbeit derjenigen Länder hervorgehoben, die noch nicht Vollmitglieder der Europäischen Gemeinschaft sind (HN 26.2.92). Am 26. Februar traf Dubček mit dem türkischen Staatspräsidenten Özal, mit Ministerpräsident Demirel und Außenminister Cetin zusammen, wobei Fragen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen der Türkei und der Tschechoslowakei im Vordergrund der Gespräche standen. Verhandelt wurde vor allem über den raschen Abschluß eines Abkommens über den Schutz von Investitionen in beiden Ländern und über die türkisch-tschechoslowakische Kooperation auf dritten Märkten (HN 27.2.92).

Auf Einladung des Vorsitzenden des ungarischen Parlaments Szabad traf der Vorsitzende der Bundesversammlung der ČSFR Dubček zu einem zweitägigen offiziellen Besuch Ungarns in Budapest ein. Dubček verhandelte während seines Aufenthalts in Budapest mit ungarischen Parlamentariern vor allem über den umstrittenen Bau der Donau-Wasserwerke in Gabčíkovo, wobei Einigkeit darin erzielt wurde, daß dieses Problem entpolitisiert und von Fachleuten analysiert werden müsse; in diesem Zusammenhang sei auch daran gedacht, Experten aus der Europäischen Gemeinschaft heranzuziehen. Am Nachmittag des ersten Tages seines Aufenthalts in Budapest traf Dubček zu einer Unterredung mit dem ungarischen Staatspräsidenten Göncz zusammen (HN 7.2. 92). - Ein Vertreter des ungarischen Außenministeriums übergab am 24. Februar dem tschechoslowakischen diplomatischen Repräsentanten in Budapest eine Note mit der Antwort auf den Brief des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Čalfa vom 4. Februar, in dem Čalfa die ungarische Regierung von dem Beschluß der tschechoslowakischen Regierung informiert hatte, das Wasserelektrizitätswerk Gabčíkovo in Betrieb zu nehmen und den Bau der Wasserwerke in der Tschechoslowakei abzuschließen. Die ungarische Regierung bezeichnet die Entscheidung der tschechoslowakischen Regierung als ungesetzlich und fordert sie auf, von ihren Plänen Abstand zu nehmen (HN 17.2.92). Der slowakische Wirtschaftsminister Belcak kam im Verlauf seines Besuchs

in Ungarn mit dem ungarischen Außenminister Kádár zusammen; in dem Gespräch ging es vor allem um die Zusammenarbeit der handelskammern und Unternehmerverbände beider Länder, ferner um Fragen des Energiewesens und der Beteiligung der Slowakei an der Weltausstellung 1996 in Budapest (HN 5.3.92). Das ungarische Parlament sprach sich am 5. März dagegen aus, den Vertrag über den Bau der Donau-Wasserwerke Gabčíkovo-Nagymaros zwischen der Tschechoslowakei und Ungarn zu kündigen (HN 6.3.92). - Am 24. März ermächtigte das ungarische Parlament die ungarische Regierung, den Vertrag mit der Tschechoslowakei über den Bau der Donau-Wasserwerke Gabčíkovo-Nagymaros zu kündigen (HN 25.3.92). - Der ungarische Regierungsbeauftragte Király erklärte am 27. März in Prag, daß Ungarn die einseitige Kündigung des Vertrags über den Bau der Donau-Wasserwerke zwischen Ungarn und der Tschechoslowakei zwar nicht als optimale Lösung des Konflikts betrachte, dazu aber mehr oder weniger genötigt worden sei. Der Abschluß eines neuen Abkommens wäre unzweifelhaft die beste Lösung der strittigen Angelegenheit. Über eine eventuelle finanzielle Entschädigung für die Tschechoslowakei werde Ungarn nur dann verhandeln, wenn es gelingen sollte, ein solches neues Abkommen auszuhandeln. Der Beauftragte des ungarischen Außenministeriums Tatar erklärte auf einer Pressekonferenz in Prag, daß das ungarische Parlament und die ungarische Regierung für ihre Entscheidung, den Vertrag mit der Tschechoslowakei zu kündigen, gewichtige Argumente ins Feld führen könnten: zum einen die ökologischen Folgewirkungen des Baus der Wasserwerke, zum anderen die Tatsache, daß inzwischen alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft seien (HN 30.3.92).

U S A - Etwa 200 in der Tschechoslowakei tätige Unternehmer nahmen am 4. Februar an der feierlichen Eröffnung der Amerikanischen Handelskammer in der Tschechoslowakei teil; zugegen war auch die amerikanische Botschafterin in der Tschechoslowakei Temple-Black (HN 5.2.92). - Die amerikanische Firma General Electric stellte der Tschechoslowakei zu außerordentlich günstigen Bedingungen 13 Tomographen zur Verfügung, die vor allem im Bereich der Diagnostik eingesetzt werden sollen (HN 3.3.92). - In Washington begann am 4. März eine eintägige, von der amerikanischen Regierungsagentur OPIC organisierte Konferenz über die Entwickung des privatwirtschaftlichen Sektors in der Tschechoslowakei. Der Präsident der OPIC Zeder erklärte zu Beginn der Konferenz, daß die ökonomische Entwicklung in der Tschechoslowakei von allen ostmittel- und südosteuropäischen Ländern zu den größten Hoffnungen berechtige; das Klima und die allgemeinen Voraussetzungen für private Unternehmer seien hier am besten. Der Minister für auswärtige Beziehungen der Slowakischen Republik informierte die Konferenzteilnehmer über Investitionsmöglichkeiten in der Slowakei und wies dabei darauf hin, daβ amerikanische Investitionen besonders willkommen seien, weil sie ein Gegengewicht zu deutschen und östereichischen Investitionen bilden könnten, Zu den Referenten der Konferenz gehörte auch der tschechoslowakische Finanzminister Klaus (HN 5.3.92). - Nach seiner Rückkehr aus den USA erklärte der Minister für auswärtige Angelegenheiten der Slowakischen Republik Demeš, daß in amerikanischen Regierungskreisen die Auffassung dominiere, die staatsrechtliche Umgestaltung der Tschechoslowakei sei allein eine Angelegenheit der Tschechen und Slowaken und sollte nicht von außen beeinflußt werden. Er selbst habe in den Gesprächen mit amerikanischen Politikern immer wieder darauf hingewiesen, daß die staatsrechtliche Neuordnung der Tschechoslowakei keinesfalls zu einer Situation führen würde, die - wie etwa in Jugoslawien - den Einsatz von UNO-Truppen erforderlich machen

würde (HN 10.3.92). - In Washington wurde am 17. März ein Abkommen zwischen Regierungen der Tschechoslowakei und der USA über den Schutz historischer Denkmäler unterzeichnet, die für aus Europa stammende Bürger der USA wichtig sind. Das Abkommen bezieht sich zunächst auf jüdische Denkmäler in der Tschechoslowakei, insbesondere auf Synagogen, Friedhöfe und die noch erhaltenen Teile von Ghettos (HN 18.3.92). - Der tschechoslowakischen Außenminister Dienstbier erörterte in Washington mit dem amerikanischen Außenminister Baker Fragen der sicherheitspolitischen Situation in Europa und die Lage in der Sowjetunion. Außerdem wurde über das Projekt einer Umwandlung des tschechoslowakischen Truppenübungsplatzes Milovice in einen internationalen Flughafen gesprochen (HN 23.3.92). - Eine Delegation amerikanischer Unternehmer aus Pittsburgh nahm am 23. März in Prag Gespräche mit Vertretern von 40 tschechoslowakischen Betrieben auf. In der ameriaknischen Delegation waren vor allem Manager der Eisenindustrien und des Gerätebaus in der chemischen Industrie vertreten (HN 24.3.92).

Zypern - Auf Einladung des tschechoslowakischen Außenministers Dienstbier kam der Außenminister Zyperns Iakovu am 27. Februar zu einem Besuch der Tschechoslowakei nach Prag. In einem Gespräch mit der Vorsitzenden des Tschechischen Nationalrats Burešová erklärte Iakovu, daß die Entwicklung in der Tschechoslowakei für Zypern vor allem wegen der Nationalitätenproblematik aufmerksam verfolgt werde (HN 28.2.92).

Internationale Währungsfonds stellte der Tschechoslowakei eine Anleihe von \$ 147 Millionen zur Verfügung, die dazu verwendet werden soll, die gestiegenen Importpreise für Erdöl und Erdgas auszugleichen (HN 14.1.92). – Ein Protokoll über Handelsbeziehungen und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Tschechoslowakei und der Europäischen Gemeinschaft in der Stahlproduktion wurde am 11. Februar in Brüssel unterzeichnet. Das Protokoll beseitigt einige Einfuhrbeschränkungen für tschechoslowakische Stahlprodukte in die EG-Länder und ermöglicht die effektivere Ausnutzung der Importquoten, die auf dem EG-Markt für Stahlprodukte festgelegt sind (HN 12.2.92).

# Gedenktage und Rückblicke auf zeitgeschichtliche Ereignisse

Aus Anlaß des 142. Jahrestages der Geburt von T.G. Masaryk fand am 7. März eine Gedenkfeier in Lány statt, an der der tschechoslowakische Staatspräsident Havel, die Vorsitzende des Tschechischen Nationalrats Burešová und die diplomatischen Vertreter Großbritanniens, der USA und Frankreichs teilnahmen. Der Ministerpräsident der Tschechischen Republik Pithart enthüllte in Slavětín ein Denkmal Masaryks. In Bratislava versammelten sich am 7. März etwa 400 Personen zu einer Gedenkfeier für Masaryk (HN 9.3.92).

Zum 53. Jahrestag der Gründung des Slowakischen Staates fand auf dem Martinsfriedhof in Bratislava am 14. März am Grabe Tisos eine Gedenkfeier statt, an der etwa 1000 Personen teilnahmen. Die Gedenkrede hielt der katholische Priester Šimončík. Die Feier wurde von der Partei der Slowakischen nationalen Einheit, der Slowakischen Volkspartei und der Hlinka-Jugend organisiert. Im

Anschluß an die Gedenkfeier auf dem Martinsfriedhof zogen die Teilnehmer auf den Platz des Slowakischen Nationalaufstandes im Zentrum Bratislavas, wo der Vorsitzende der Partei der Slowakischen nationalen Einheit vor ca. 3000 Menschen eine Rede hielt, die den Slowakischen Staat 1939-1945 glorifizierte. Vertreter der Auslandsslowaken übten scharfe Kritik an den Tschechen. Etwa 100m von der Kundgebung entfernt fand ein Konzert unter dem Motto "Gegen Faschismus, Rassismus und Kommunismus" statt (LN 16.3.92).

Am Vorabend des 53. Jahrestages der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren demonstrierten am 14. März auf dem Wenzelsplatz in Prag etwa 3000 Personen unter den Parolen "Tod dem Faschismus!" und "Schluß mit den rassistischen Morden!" Die Kundgebung wurde von der Linken Alternative, der Vereinigung der tschechoslowakischen Anarchisten, dem Nationalkongreß der Roma und der Gruppe Revolutionäre Solidarität organisiert (HN 16.3.92).

Zum Gedenken an die erste Deportation slowakischer Juden in die nationalsozialistischen Todes- und Vernichtungslager vor 50 Jahren fand in Banská Bystrica ein internationales Symposium statt, an dem neben Historikern aus zahlreichen Ländern auch Zeitzeugen teilnahmen. Die Teilnehmer des Symposiums wurden vom Ministerpräsidenten der Slowakischen Republik J.Čarnogurský begrüßt (HN 26.3.92).

Am 28. März erreichten die Feiern zum 400. Jahrestag der Geburt von Comenius in Uherský Brod ihren Höhepunkt. Auf dem Masaryk-Platz hielt der tschechoslowakische Staatspräsident Havel eine Gedenkrede und enthüllte ein Denkmal des Pädagogen und Philosophen. Unter den Teilnehmern der Gedenkveranstaltung waren der stellvertretende Ministerpräsident der ČSFR Mikloško, der Ministerpräsident der Tschechischen Republik Pithart, der Minister für das Schulwesen der Tschechischen Republik Vopěnka und der Rektor der Karls-Universität Palouš (LN 30.3.92)

## Personalia

Im Alter von 86 Jahren starb am 30. Januar Prof. Ing. Dr. František Brabec. Brabec war von 1948 bis 1954 Generaldirektor der Škoda-Werke in Pilsen, von 1954 bis 1972 Professor und Rektor der Technischen Hochschule in Prag und von 1973 bis 1991 leitender wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentralinstituts für volkswirtschaftliche Forschung in Prag (HN 7.2.92).

Am 2. März wurde der Generalprokurator der ČSFR Gašparovič vom tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel wegen Mängeln in seiner Amtsführung seines Amtes enthoben. Zum Nachfolger ernannte Havel den stellvertretenden Generalprokurator der Slowakischen Republik Martin Lauko (HN 3.3.92).